

Informationen zum Datenschutz im Rahmen der digitalen Bestellung von Eheurkunden und Lebenspartnerschaftsurkunden gemäß Art. 13 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Nachfolgend finden Sie die Datenschutzhinweise zur Nutzung der Online-Leistung der Stadt Idar-Oberstein für die digitale Bestellung von Eheurkunden und Lebenspartnerschaftsurkunden.

Ihre personenbezogenen Daten werden im Rahmen der Einverständniserklärung (Einwilligung nach Art. 6 Abs. 1 a DSGVO) zur Bearbeitung des Anliegens erfasst und verarbeitet.

1. Verantwortlicher (Art. 13 Abs. 1 lit. a DSGVO)

Stadtverwaltung Idar-Oberstein
Georg-Maus-Straße 1
55743 Idar-Oberstein
Tel.: 06781 / 64-0
E-Mail: [stadtverwaltung\(at\)idar-oberstein.de](mailto:stadtverwaltung(at)idar-oberstein.de)

2. Datenschutzbeauftragte/r (Art. 13 Abs. 1 lit. b DSGVO)

Stadtverwaltung Idar-Oberstein
Datenschutz
Georg-Maus-Straße 1
55743 Idar-Oberstein
Tel.: 06781 / 64-1121
E-Mail: [datenschutz\(at\)idar-oberstein.de](mailto:datenschutz(at)idar-oberstein.de)

3. Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten (Art. 13 Abs. 1 lit. c. DSGVO)

Ihre Daten werden auf Grundlage Ihrer Einwilligung gemäß Artikel 6 Abs. 1 lit. a DSGVO zur Nutzung der Antragsplattform verarbeitet. Ihre Daten werden ausschließlich für die Bearbeitung Ihres Anliegens (digitale Bestellung von Eheurkunden und Lebenspartnerschaftsurkunden) verwendet.

Für die Nutzung der Antragsplattform kann ein Nutzerkonto zur Identifizierung und Authentifizierung verwendet werden. Dabei werden die in Ihrem Konto hinterlegten Daten verarbeitet.

- Das Nutzerkonto „bundID“ für Privatpersonen wird vom Bundesministerium des Innern und für Heimat zur Verfügung gestellt. Näheres entnehmen Sie bitte der Datenschutzerklärung des Bundesministeriums unter <https://id.bund.de/de/datasecurity>.
- Das Nutzerkonto „Mein Unternehmenskonto“ für juristische Personen wird vom Bayerisches Staatsministerium für Digitales zur Verfügung gestellt. Näheres entnehmen Sie bitte der Datenschutzerklärung des bayerischen Staatsministeriums <https://info.mein-unternehmenskonto.de/datenschutz/>.

Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass die Antragsplattform auch ohne ein Nutzerkonto genutzt werden kann.

Rechtsgrundlagen für die Bestellung von Eheurkunden und Lebenspartnerschaftsurkunden:
§§ 55 bis 58, §§ 61 bis 68 Personenstandsgesetz (PStG), § 48 und § 50 Verordnung zur Ausführung des Personenstandsgesetzes (PStV)
Folgende Daten werden nach Kategorie verarbeitet:

Allgemeine Informationen der antragstellenden Person:

- Name und Vorname, Geburtsdatum, Anschrift, Land des Wohnortes, E-Mail-Adresse, ggf. Telefonnummer
- Identitätsnachweis z.B. Personalausweis, Reisepass (bei Nicht-EU-Staatsangehörigkeit)

Anliegenbezogene Informationen:

- Verwendungszweck - Nachweis der Eheschließung und der Lebenspartnerschaft für die Verwendung im Ausland, Anmeldung der Eheschließung, Beantragung von Sozialleistungen, Rentenversicherung, Sonstige Zwecke
- Verwandtschaftsverhältnis, bei der Eingabe „Sonstiges“ muss das berechtigte Interesse nachgewiesen werden
- Angaben zur Ehe – Datum, ggf. Ort der Eheschließung und Lebenspartnerschaft, ggf. Standesamt der Eheschließung und der Lebenspartnerschaft, ggf. Registernummer und Jahr der Eheurkunde und Lebenspartnerschaftsurkunde
- Angaben zu den verheirateten Personen – Familienname, ggf. Geburtsname, Vorname
- bei „Sonstige Zwecke“: Details zum Verwendungszweck, Nachweis berechtigtes Interesse

4. Empfänger (Art. 13 Abs. 1 lit. e DSGVO)

Intern

- Innerhalb des Ordnungsamtes erfolgt die Sachbearbeitung im Bereich Standesamt.

Extern

- Von der Stadt eingesetzte Auftragsverarbeiter (Art. 28 DSGVO) insbesondere im Bereich IT-Dienstleistungen, Logistik- und Druckdienstleistungen, die Ihre Daten weisungsgebunden für uns verarbeiten.

5. Übermittlung an Drittland (Art. 13 Abs. 1 lit. f DSGVO)

Es erfolgt keine Datenübermittlung an ein Drittland.

6. Dauer der Speicherung (Art. 13 Abs. 2 lit. a DSGVO)

Die Daten werden so lange gespeichert, wie dies für die Aufgabenerfüllung der Sachbearbeitung erforderlich ist oder ggf. darüber hinaus eine Verpflichtung zur Aufbewahrung besteht (gesetzliche Aufbewahrungsfristen). Auf der Antragsplattform sind die Daten 30 Tage hinterlegt.

7. Betroffenenrechte (Art. 13 Abs. 2 lit. b DSGVO)

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutzgrundverordnung insbesondere folgende Rechte:

- Recht auf **Auskunft** über die zu ihrer Person gespeicherten personenbezogenen Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DSGVO)
- Recht auf **Berichtigung**, soweit die betreffenden Daten unrichtig oder unvollständig sind (Art. 16 DSGVO)
- Recht auf **Löschung** der zu ihrer Person gespeicherten Daten, soweit eine der Voraussetzungen nach Art. 17 DSGVO zutrifft. Art. 17 Abs. 3 DSGVO enthält Ausnahmen vom Recht auf Löschung zur Ausübung der Meinungs- und Informationsfreiheit, zur Erfüllung rechtlicher Speicherpflichten, aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit, für öffentliche Archivzwecke, wissenschaftliche, historische und statistische Zwecke sowie zur Durchsetzung von Rechtsansprüchen.
- Recht auf **Einschränkung der Verarbeitung**, insbesondere soweit die Richtigkeit der Daten bestritten wird, für die Dauer der Überprüfung der Richtigkeit, wenn die Daten unrechtmäßig verarbeitet werden, die betroffene Person aber statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangt, wenn die betroffene Person die Daten zur Geltendmachung oder

Ausübung von Rechtsansprüchen oder zur Verteidigung gegen solche benötigt und deshalb nicht gelöscht werden können, oder wenn bei einem Widerspruch nach Art. 21 Abs. DSGVO noch nicht feststeht, ob die berechtigten Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen.

- Recht auf **Widerspruch** gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten aus persönlichen Gründen, soweit kein zwingendes öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht, dass die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DSGVO) dient.

8. Beschwerderecht (Art. 13 Abs. 2 lit. d DSGVO)

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde beim **Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz**, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.

Die Kontaktdaten sind:

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz
Hintere Bleiche 34
55116 Mainz

Tel.: 06131 / 89200

E-Mail: [poststelle\(at\)datenschutz.rlp.de](mailto:poststelle(at)datenschutz.rlp.de)